

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 099/15 vom 03. März 2015

Heike Franzen: Die Einheitslehrerbesoldung darf nicht auch noch zu Lasten der Unterrichtsversorgung gehen

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, warnt davor, dass die heute (03. März 2015) von Bildungsministerin Britta Ernst vorgestellten Pläne zur Einheitslehrerbesoldung zu Lasten der Unterrichtsversorgung an den Schulen gehen werden:

„Es bleibt dabei: Auch unter Ministerin Ernst ist für die Albig-Regierung Ideologie wichtiger als Unterricht. Statt für eine Reduzierung des Unterrichtsausfalls zu sorgen, pumpen SPD, Grüne und SSW einmal mehr einen zweistelligen Millionenbetrag in die Umsetzung ihres Einheitslehrerkonzeptes“, erklärte Franzen in Kiel.

Die CDU-Fraktion habe in den Beratungen über die Einführung des Einheitslehrers vor genau dieser Entwicklung gewarnt. SPD, Grüne und SSW hätten sich mit den Kosten der Einheitsbesoldung damals ebenso wenig befassen wollen, wie mit denen der Doppelstrukturen in der Lehrkräfteausbildung und den unnötigen Kleinstoberstufen an Gemeinschaftsschulen.

„Mit nur einem Teil der dafür aufgewandten Millionen hätte die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen dauerhaft verbessert werden können. So aber werden sich die kommenden Landesregierungen vor allem

mit der Frage beschäftigen müssen, wie die von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Gesetze sich ohne eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung bezahlen lassen. Denn die Hauptlast verschiebt auch Britta Ernst mit ihren Plänen in die kommenden Legislaturperioden“, erklärte Franzen.

Die einheitliche Besoldung der Lehrkräfte sei schon vor der Einführung der Einheitslehrerausbildung aus Rechtsgründen absehbar gewesen, betonte die CDU-Abgeordnete.

„Wer meint, dass jeder Lehrer das Gleiche tut, der muss auch jeden Lehrer gleich besolden. Das ist nur die logische Folge“, so die CDU-Abgeordnete.